

Die Weltmächte USA und UdSSR in der Zeit des Kalten Krieges

Die folgenden Informationen stammen vorwiegend aus: Geiss, Imanuel: Geschichte griffbereit. Bd. 5. Staaten. Die nationale Dimension der Weltgeschichte. Rowohlt: Reinbek b. Hamburg 1987; und: Meyer, Helmut / Schneebeli, Peter: Durch Geschichte zur Gegenwart. Bd. 4. Lehrmittelverlag des Kantons Zürich: Zürich 1991.

	USA	UdSSR
	Für genauere Informationen vgl. http://mypage.bluewin.ch/Looser.Roman/Staaten/USA1776-96.rtf	Für genauere Informationen vgl. http://mypage.bluewin.ch/Looser.Roman/Staaten/Russland17JH-heute.rtf
Kürzestabris Geschichte bis 1. Weltkrieg	Dreizehn britische Kolonien an der Ostküste Nordamerikas erkämpften die Unabhängigkeit und begründeten die Vereinigten Staaten von Amerika (1773-1787). Im 19. Jahrhundert dehnten sie ihr Staatsgebiet bis zum Pazifischen Ozean aus und besiedelten es dank einem gewaltigen Strom von Einwanderern. Die Negersklaverei wurde nach einem Bürgerkrieg zwischen den Nord- und den Südstaaten abgeschafft. Am Ende des 19. Jahrhunderts stiegen die USA zur führenden Industriemacht auf. Die Weltwirtschaftskrise bewirkte, dass sich der Staat vermehrt um die wirtschaftlich schwächeren Bürger kümmerte. Nach gewaltsamer Öffnung Japans für den US-Handel (1853/4) und Abschluß der inneren Kolonisationsbewegung (1893) eröffneten die Annexion Hawaiis durch die USA (1897) und die Verdrängung Spaniens aus Kuba und Puerto Rico einerseits, den Philippinen andererseits (1898) den offenen Eintritt der USA in ihre imperialistische Phase. Es folgten unter anderem Gründung Panamas (1903), Eröffnung des Panama-Kanals (1914), militärische Okkupation von Haiti (1915-34) und der Dominikanischen Republik (1916-24).	Aus dem Fürstentum Moskau entwickelte sich allmählich das russische Zarenreich. Am Ende des 19. Jahrhunderts bestand ein starker sozialer Gegensatz zwischen der Masse der Bauern und dem Adel, aber auch zwischen den Unternehmern und der Arbeiterschaft. Gegen die Alleinherrschaft des Zaren entwickelten sich verschiedene Oppositionsgruppen. Die Niederlagen im Ersten Weltkrieg führten 1917 zur Russischen Revolution. Aus dieser ging die kommunistische Partei unter der Führung Lenins siegreich hervor.
Erster Weltkrieg	Im 1. Weltkrieg blieben die USA zunächst neutral. Durch Rüstungs- und Waffenlieferung an England und Frankreich erlebten die USA eine riesige Rüstungskonjunktur, durch die sie ihre Schulden an England tilgten und selbst zur größten Industriemacht und zum Gläubigerland gegenüber England wie Frankreich aufstiegen. Der deutsche uneingeschränkte U-Bootkrieg und das Zimmermann-Telegramm brachten die USA in den Krieg gegen die Mittelmächte (1917), in dem sie mit ihrem materiellen und personellen Übergewicht einerseits, ihrem ideologisch-politischen Pathos («Selbstbestimmungsrecht der Völker», 14-Punkte-Programm des Präsidenten Wilson) andererseits den Ausschlag zugunsten der schwer angeschlagenen Entente gaben (1918).	Die russische Revolution in zwei Phasen (Februar, Oktober 1917 nach dem Kalender alten Stils) entfaltete sich in mehreren Stufen: Nach dem Sturz der Monarchie (März 1917) kam es zur vorübergehenden «Doppelherrschaft» von provisorischer Regierung (Lwow, Kerenski) und Räten in Petrograd (März bis November 1917). Das Scheitern der letzten Brussilow-Offensive, eines ersten Aufstands der Bolschewiki in Petrograd und eines konterrevolutionären Militärputsches gegen die Regierung Kerenski mündete in den Sieg der Bolschewiki unter Lenin in Petrograd mit der Oktoberrevolution (7. November 1917). Anschließend schied das revolutionäre Rußland aus dem Krieg aus, zunächst im Waffenstillstand (Dezember 1917), dann im Frieden von Brest-Litowsk (3. März 1918). Erst im Sommer 1918 kam es nach dem Ausscheiden der linken Sozialrevolutionäre aus der Koalition mit den Bolschewiki zum russischen Bürgerkrieg zwischen «Weiß» und «Rot» (1918-20), kompliziert durch die Intervention westlicher Mächte, Japans und der USA mit schweren Verlusten durch Kriegshandlungen, Repressalien und Hungersnöte.
Zwischenkriegszeit bis Zweiter Weltkrieg	Im Innern löste die Kriegskonjunktur langfristig wachsende soziale Spannungen aus, namentlich durch das Einströmen von Afro-Amerikanern aus dem Süden in die Rüstungsindustrie des Nordens und Ostens als Ersatz für die im Krieg ausgebliebenen Einwanderer aus Europa (Great Migration) und die damit verbundene Ghettoisierung der Afro-Amerikaner in den großen Industriestädten (beispielsweise Harlem und Chicago). Andererseits erzeugte die aktive Teilnahme am Krieg unter den heimkehrenden Afro-Amerikanern ein neues Selbstbewußtsein, das weiße Rassisten zu einer Welle von blutigen Ausschreitungen (riots) gegen Afro-Amerikaner provozierte (Red Summer, 1919). Die USA spielten durch Präsident Wilson eine aktive Rolle auf dem Versailler Friedenskongreß (1919), auch bei der militärischen Intervention gegen das revolutionäre Rußland (1918/9). Aber der Kongreß verweigerte die Ratifizierung des Friedensvertrags als Ausdruck eines politischen Rückzugs vom europäischen Kontinent (Isolationspolitik). Dagegen blieb das finanzielle Engagement der USA in Europa, schon zur Sicherstellung der Rückzahlung der Kriegsanleihen an England und Frankreich, über den Umweg von Anleihen an Deutschland nach Beendigung der Inflation durch den Dawes-Plan (1924). Die US-Anleihen dienten der Finanzierung der deutschen Reparationen an England und Frankreich durch Ankurbelung der deutschen Wirtschaft, später modifiziert durch den Young-Plan (1929). Nach Kriegsende erlebten die USA eine Periode der stürmischen Hochkonjunktur («Roaring Twenties») mit einem großen Spekulationsboom, der im großen Börsenkrach an der Wall Street endete	Am Ende von Bürgerkrieg und Interventionskriegen (1921/2) behauptete sich zwar die 1922 formell konstituierte Sowjetunion, aber mit territorialen Verlusten gegenüber dem Vorkriegsstand: Finnland, Estland, Lettland, Litauen wurden selbständig, West-Weißrußland und die West-Ukraine fielen an Polen, Bessarabien an Rumänien, die Karpato-Ukraine an die CSR. Herrschaft Stalins (1924–1953) Nach innen entstand mit dem roten Terror der Tscheka (erste Geheimpolizei) im Bürgerkrieg ein wesentliches Element des späteren Stalinismus. Die bewußte Isolierung Sowjetrußlands durch die Westmächte (Cordon Sanitaire, Nichtanerkennung) beantwortete Stalin nach Lenins Tod (1924) mit der Konzeption des «Sozialismus in einem Land», zugleich auch als Antwort auf das vorläufige Ausbleiben der Weltrevolution und auf Trotzki's Parole von der permanenten Revolution mit Hilfe der Roten Armee. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 traf auch die Sowjetunion mit ihrem 1. Fünfjahresplan, verschärft durch die verheerenden Folgen der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft mit der Ermordung Millionen von Bauern («Kulaken»). Der Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland (1933) verschärfte zunächst die außenpolitische Isolierung der Sowjetunion, führte aber zum Eintritt in den Völkerbund (1934) und zur Propagierung von Volksfront und antifaschistischer Außenpolitik der kollektiven Sicherheit. Gleichzeitig vollendete sich im Innern das stalinistische Terrorregime (ab 1934), zu-

	<p>(1929), als Auftakt zur großen Weltwirtschaftskrise (1929/1933). Die große Weltwirtschaftskrise ging von den USA aus (1929) und wirkte dort besonders lange. Auch nach Übernahme der Präsidentschaft durch den Demokraten Franklin D. Roosevelt (1933) vermochte sein expansives Wirtschafts- und Sozialprogramm (New Deal) die Weltwirtschaftskrise im Grunde nicht zu überwinden. Erst eine neuerliche Kriegskonjunktur im 2. Weltkrieg, verstärkt durch den Kriegseintritt der USA gegen die Achsenmächte (1941), beseitigte die Weltwirtschaftskrise, wiederum mit ähnlichen Rückwirkungen nach innen, vor allem auf die Afro-Amerikaner, wie im 1. Weltkrieg.</p>	<p>letzt durch die «Säuberungen» mit an Iwan den Schrecklichen gemahnenden Zügen. Als Reaktion auf ihre Ausschließung von der Regelung europäischer Fragen in München 1938 strebte die Sowjetunion ein Bündnis mit England und Frankreich gegen Deutschland an, wandte sich aber - nach dem Scheitern der Bündnisverhandlungen in Moskau (Sommer 1939) - mit einem Arrangement zur Revision der Curzon-Linie Deutschland zu. Der Hitler-Stalin-Pakt (August 1939) isolierte Polen und machte die SU zum indirekten Verbündeten zu Beginn des 2. Weltkriegs. Nach dem deutschen Überfall auf Polen besetzte die Rote Armee Ostpolen (1939), anschließend Litauen, Lettland, Estland (1940). Der Einfall der großdeutschen Wehrmacht in die Sowjetunion (22. Juni 1941) brachte dem Land schwere personelle und materielle Verluste, führte aber, seit 1941 im Bündnis mit den USA und England, nach dem Sieg von Stalingrad (1942/43) im Gegenschlag die Sowjetunion zur Hegemonialstellung zumindest im östlichen Europa (1944/5) und zur zweiten Weltmacht hinter den USA.</p>
<p>Erste Phase des Kalten Krieges</p>	<p>Durch den Zweiten Weltkrieg waren die USA zur militärischen «Supermacht» geworden. Auch ihre wirtschaftlich führende Stellung hatte sich verstärkt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die USA hatten keine Zerstörungen erlitten. • Die USA waren reich an Bodenschätzen. • Die USA waren technisch und wissenschaftlich führend. • In den USA befanden sich die modernsten Produktionsanlagen. • In den USA gab es viel Kapital. Der Dollar war die «Leitwährung» der westlichen Welt. Amerikanische Firmen konnten ihr Geld auch im Ausland anlegen. • In den USA waren wirksame Werbemethoden entwickelt worden, um die produzierten Waren auch zu verkaufen. <p>All das bewirkte, dass mehr amerikanische Produkte als je zuvor auf der ganzen Welt verkauft werden konnten. Vor allem in Europa hatte man das Gefühl einer «Amerikanisierung». Das galt nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Kleidung, die Essgewohnheiten, die Unterhaltungsmusik und sogar für den Wortschatz. Die amerikanische Bevölkerung nahm weiter zu. 1940 zählten die USA 123 Millionen Einwohner, 1985 239 Millionen. Vom Kriegsende bis zum Ende der fünfziger Jahre gab es nochmals eine starke Zuwanderung aus Europa. Seither stammt der Grossteil der Einwanderer aus Lateinamerika und Asien.</p> <p>Die amerikanische Verfassung gibt dem Präsidenten eine sehr mächtige Stellung. Daher ist die Geschichte der USA stark durch die Persönlichkeit der Präsidenten geprägt worden. Allerdings wachte der Kongress immer eifersüchtig über seine Rechte. Auch die geschichtlichen Umstände hinderten die Präsidenten oft daran, ihre Ziele zu erreichen.</p> <p>Präsident Harry S. Truman (1945–53); Demokrat)</p> <p>Die Zusammenarbeit mit der UdSSR wird durch eine Politik der "Eindämmung" abgelöst. Die Truman-Doktrin sagt allen Ländern zur Bewahrung ihrer Unabhängigkeit Militär- und Wirtschaftshilfe zu. Truman betont die weltweite Verantwortung der USA. Zur Abwehr sowjetischer Expansion führten die USA den «Kalten Krieg», in dem der McCarthyismus die Liberalität des Verfassungsstaates vorübergehend bedrohte.</p>	<p>Mit dem Ende des 2. Weltkriegs erreichte die Sowjetunion ihre heutigen Grenzen durch weitere Annexionen im Westen Teile Kareliens, das nördliche Ostpreußen mit Königsberg (heute Kaliningrad), Estland, Lettland, Litauen, das westliche Weißrußland und die westliche Ukraine, ungefähr entlang der Curzon-Linie von 1919, jetzt aber mit Lemberg (Lwow), die Karpaten-Ukraine, Bessarabien, im Fernen Osten Sachalin und die Kurilen.</p> <p>Das Ende des Zweiten Weltkriegs veränderte die politische Ordnung in der Sowjetunion nicht. Stalins Herrschaft blieb unangetastet. Trotzdem kam es zu neuen «Säuberungen». Stalin wollte einerseits neue «Verschwörer» vernichten, andererseits Völker, die im Krieg angeblich die deutschen Angreifer unterstützt hatten, bestrafen. Etwa eine Million Menschen wurde nach Sibirien oder Zentralasien deportiert. Von ihnen fanden viele in Lagern den Tod. Die sowjetische Außenpolitik der Nachkriegsjahre war bestimmt von der Konsolidierung bzw. Ausdehnung des sowjetischen Einflussbereiches. In Deutschland führte diese Strategie aufgrund der unvereinbaren Interessensgegensätze zwischen der Sowjetunion einerseits, den drei westlichen Alliierten andererseits zum Scheitern einer gemeinsamen alliierten Deutschlandpolitik. Diese Interessensgegensätze lösten kurz nach Kriegsende den Kalten Krieg aus, der seine ersten Höhepunkte in der Berliner Blockade 1948/49 sowie der Gründung der DDR und der damit verbundenen Teilung Deutschlands 1949 fand.</p> <p>Die mittel- und osteuropäischen Staaten – Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien – in ihrer Einfluss- und Interessenssphäre wandelte die Sowjetunion bis 1949 in sowjetische Satellitenstaaten um.</p> <p>Ebenso wie in Ost-Mitteleuropa hatte sich die Sowjetunion auch in Asien Satellitenstaaten geschaffen: die Mongolische Volksrepublik, 1924 errichtet, und die demokratische Volksrepublik Korea, die 1948 ausgerufen wurde. Beide Staaten waren unter massiver Einflussnahme der Sowjetunion entstanden.</p>
<p>50er und 60er Jahre</p>	<p>Präsident Dwight Eisenhower (1953–61; Republikaner)</p> <p>Sie stand ganz im Zeichen des Kalten Krieges. Der ehemalige Weltkriegsgeneral liess seinen Ministern weitgehend freie Hand. Er war beliebt, doch fanden manche Amerikaner, seine Regierung verharre in der Erhaltung des Bestehenden. In ihrer Außenpolitik unterstützten die USA alle konservativ-reaktionären Kräfte, auch gegen sozialreformerische Tendenzen.</p> <p>Präsident John Kennedy (1961-63; Demokrat)</p> <p>Kennedy war der jüngste Präsident (geboren 1917) der USA. Er wollte die amerikanische Politik in Schwung bringen, um die offenen Probleme zu lösen. Darunter verstand er nicht nur den Gegensatz zur Sowjetunion, sondern auch die Entwicklung der «Dritten Welt», die inne-</p>	<p>Ära Leonid Breschnew (1964–1982)</p> <p>Chruschtschows Nachfolger Leonid Breschnew (1964-82) war auf ein gutes Verhältnis zu möglichst allen Würdenträgern der Partei bedacht. Er nahm wenig Absetzungen vor und blieb selbst bis zu seinem Tod im Amt. Da auch sonst niemand freiwillig zurücktrat, kam es zu einer Überalterung der Parteispitze. 1980 betrug das Durchschnittsalter der Politbüromitglieder 70 1/2 Jahre.</p> <p>Oppositionsgruppen</p> <p>Seit dem Ende der sechziger Jahre bildeten sich unter Schriftstellern und Akademikern kleine Oppositionsgruppen. Sie setzten sich für grössere politische Freiheit ein und wandten sich auch gegen die Zustände in den Straflagern und in den psychiatrischen Kliniken, in welche oft</p>

<p>ren sozialen Fragen und das Verhältnis zwischen Weiss und Schwarz: Kaum an die Regierung gelangt, musste sich Kennedy jedoch mit schweren weltpolitischen Krisen auseinandersetzen (Berlin 1961, Kuba 1962). Die Ermordung des Präsidenten, deren Hintergründe nie ganz befriedigend geklärt wurden, rief grosse Bestürzung hervor.</p> <p>Präsident Lyndon Johnson (1963–69; Demokrat)</p> <p>Johnson wollte vor allem die sozialen Probleme lösen. Die Sozialausgaben des Bundes wurden nun stark erhöht. Gleichzeitig verstrickten sich die USA jedoch immer tiefer im Vietnamkrieg. Das verursachte zahlreiche Opfer und hohe Kosten. Der Streit um die Vietnampolitik spaltete die Bevölkerung; von der Harmonie der «Great Society» war wenig zu spüren.</p> <p>Die günstige wirtschaftliche Entwicklung führte zum Ansteigen der Löhne. Ein Grossteil der Amerikaner erreichte einen Lebensstandard wie nie zuvor: Eigenheim, Fernsehapparat, ein oder zwei Autos wurden für sie zu Selbstverständlichkeiten. In der Wirtschaft dominierten die Grosskonzerne. 1969 arbeiteten 70 Prozent aller Amerikaner bei den 500 grössten Firmen des Landes.</p> <p>Vor allem die Schwarzen waren jedoch benachteiligt. Von den 239 Millionen Einwohnern (1985) waren 29 Millionen Schwarze. Ein grosser Teil von ihnen lebte immer noch in den ehemaligen Sklavenstaaten im Süden; recht viele aber waren in die Grossstädte des Nordens und Westens gezogen. Vor dem Zweiten Weltkrieg waren die Berufschancen der Schwarzen überall bescheiden: Eine schwarze Familie verdiente im Durchschnitt weniger als die Hälfte einer weissen. In den Südstaaten wurde zudem eine Politik der Rassentrennung betrieben: Für Weisse und Schwarze gab es besondere Schulen, besondere Restaurants, ja sogar besondere Autobusse oder Autobusabteile. Oft wurde den Schwarzen im Süden auch das Stimmrecht verwehrt. Zu einem Wendepunkt wurde der Zweite Weltkrieg. Viele Schwarze mussten Militärdienst leisten. Das stärkte ihr Selbstbewusstsein, aber auch ihren Wunsch nach Gleichberechtigung. Manche Weisse unterstützten diese Bestrebungen. Andere aber lehnten die Integration der Schwarzen ab. In den fünfziger Jahren führten die Organisationen der Schwarzen unter der Führung von Martin Luther King eine Reihe von gewaltlosen Demonstrationen und «Sit-Ins» in «weissen» Restaurants usw. in den Südstaaten durch. Der Kongress und das Oberste Bundesgericht untersagten durch Gesetze und Gerichtsentscheide jede Form der Rassentrennung. In einzelnen Südstaaten mussten Truppen die Einschreibung von schwarzen Kindern und Studenten in bisher «weissen» Schulen und Universitäten durchsetzen.</p> <p>Die verbesserte Rechtsstellung änderte jedoch an der sozialen Lage der meisten Schwarzen zunächst nicht viel. Viele erwarteten und verlangten, dass nun auch materiell besser für sie gesorgt werden müsse. Das galt für die Schwarzen im Süden wie im Norden. In den sechziger Jahren kam es in mehreren Städten zu schweren Unruhen der schwarzen Bevölkerung. Einige ihrer Organisationen erhoben sehr weitgehende Forderungen.</p> <p>Die «Negerfrage» wurde immer stärker mit zwei anderen Problemen verknüpft: dem «Armutproblem» und dem «Städteproblem». Der allgemeine Wohlstand führte dazu, dass sich neben den sehr reichen Bürgern ein breiter Mittelstand mit gutem Einkommen bildete. Übrig blieb eine Schicht von Armen. 1988 hatten 15 Prozent der Amerikaner ein Einkommen, das unterhalb der «Armutsgrenze» lag. Sie lebten einerseits in zurückgebliebenen ländlichen Gebieten, andererseits in den Grossstädten.</p> <p>Auf dem Höhepunkt des Vietnamkriegs brachen die inneren Diskrepanzen seit der Kolonialzeit aus: Freiheitspathos und Demokratieverständnis für die weisse Mehrheit einerseits, vielfältige Diskriminierung der zahlreichen Minderheiten in den USA, vor allem der Afro-Amerikaner, andererseits. Die Folge war eine allgemeine und tiefgehende Krise, ausgedrückt im Verfall des Dollars, Abgehen vom Goldstandard, inneren Konflikten («heiße Sommer», Studentenunruhen), Verlust des Vietnamkriegs unter moralisch diskreditierenden Umständen (My Lay-Massaker), Ansteigen von Drogensucht und Kriminalität, vor allem in den Zentren der</p>	<p>kritisch eingestellte Personen als «geisteskrank» eingeliefert wurden. Die «Dissidenten» verbreiteten ihre Ideen in geheimen, vervielfältigten Zeitschriften. Viele Mitglieder dieser Gruppen wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt oder zur Auswanderung in den Westen gezwungen. Trotzdem konnten sie nicht völlig unterdrückt werden.</p> <p><i>Die Planwirtschaft</i></p> <p>Ziel der sowjetischen Wirtschaft war es, so viel zu produzieren, dass Überfluss für alle Bürger entstand. Dadurch sollte auch die Überlegenheit des kommunistischen Wirtschaftssystems bewiesen werden.</p> <p>Diese Ziele sollten durch die Wirtschaftsplanung erreicht werden. Parteiführung und Regierung legten nach ausführlichen Diskussionen fest, was und wie viel in jedem Wirtschaftszweig produziert werden konnte und sollte. Die einzelnen Betriebe erhielten dann konkrete Anweisungen («Planziffern»), wie viel sie von ihrem Produktesortiment herstellen mussten. Vorgeschrieben wurde dabei etwa das Gesamtgewicht (zum Beispiel 10 000 Tonnen Stahl pro Jahr) oder der Gesamtwert (zum Beispiel Blusen im Wert von 1 Million Rubel pro Jahr). Die Verkaufspreise wurden ebenfalls im Plan festgelegt. Übertraf ein Betrieb das Planziel, so konnte er den Mitarbeitern zum Lohn hinzu Prämien auszahlen. Daher waren die Betriebe vor allem bestrebt, die Planziele zu erreichen oder zu übertreffen. Sparsame Produktionsweise, Qualitätssteigerung oder Geschmack und Bedarf der Bevölkerung an den hergestellten Produkten kümmerten sie weniger. Die technische Modernisierung kam oft nur langsam voran, weil viele Stellen damit einverstanden sein mussten und die Betriebe selbst lieber in der gewohnten Weise weiterarbeiten wollten.</p> <p><i>Die Planwirtschaft: Erfolg und Probleme</i></p> <p>Die von Stalin eingeleitete Industrialisierung wurde von seinen Nachfolgern weiter vorangetrieben.</p> <p>Die Fortschritte in der Landwirtschaft waren geringer. Die lange Zeit schlecht oder gar nicht entlohnten Kolchosbauern konzentrierten sich vor allem auf das ihnen überlassene Privatland. Zwar wurde viel Neuland unter den Pflug genommen. Es gab jedoch immer wieder Missernten und grosse Verluste wegen mangelnder Sorgfalt, Defekten an Maschinen usw. Seit 1970 musste die Sowjetunion regelmässig Getreide im Ausland einkaufen. 1980 ernährte ein in der Landwirtschaft Tätiger mit seiner Arbeit in der Sowjetunion zehn Menschen, in Westeuropa dagegen dreissig und in den USA sechzig.</p> <p>Der Lebensstandard der Bevölkerung nahm zu. Pro Jahr wurden etwa 2 Millionen Wohnungen gebaut. 1985 verfügten etwa 80 Prozent aller städtischen Familien über eine meist 40 bis 50 Quadratmeter grosse eigene Wohnung. Recht viele Haushalte hatten einen Fernsehapparat und einen Kühlschrank. Das eigene Auto blieb dagegen für die grosse Mehrheit noch ein Traum; auf 100 Einwohner kamen vier Personenwagen. Der Sowjetbürger war zwar oft einseitig ernährt (zu wenig Frischfleisch, Gemüse und Früchte), litt aber im allgemeinen keinen Hunger und erreichte ein Durchschnittsalter von knapp siebzig Jahren (1914: 32 Jahre). Trotzdem war die Wirtschaftslage in den siebziger und achtziger Jahren in manchen Punkten unbefriedigend. Die Bevölkerung klagte über Unzulänglichkeiten und verglich ihre Situation immer mehr mit jener in Westeuropa oder Amerika.</p> <p>Der wirtschaftliche Fortschritt verlangsamte sich. Vor allem im Bereich der modernen Technik - etwa im Computerbau - vergrösserte sich der Rückstand auf den Westen und Japan. Quantität und Qualität der Waren galten als ungenügend. Der Aufwand für die Rüstung war gross. Zudem hatte man den Schutz der Umwelt vernachlässigt. Fachleute fragten sich daher, ob und wie das Wirtschaftssystem geändert werden müsse.</p> <p><i>Russen und Nichtrussen</i></p> <p>Ein weiteres Problem bildeten die nichtrussischen Völker der Sowjetunion mit ihren eigenen Sprachen und Kulturen. Die Gliederung des Staates in einzelne Sowjetrepubliken sicherte ihnen zwar eine gewisse Eigenständigkeit. Die russische Sprache dominierte jedoch, weil man sich mit ihr im ganzen Land verständigen konnte und weil die meisten Kinder sie als</p>
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	Städte und in der Armee.	Mutter- oder Fremdsprache erlernten. Zudem wanderten viele Russen in die nichtrussischen Sowjetrepubliken ein, ohne sich sprachlich anzupassen. Daher fürchteten viele Nicht-Russen, ihre Sprache und Kultur würden mit der Zeit verschwinden. Das galt besonders für die baltischen Sowjetrepubliken, die früher selbständige Staaten gewesen waren.
70er Jahre	<p>Präsident Richard Nixon (1969–74; Republikaner)</p> <p>Mit Nixon kam der frühere Vizepräsident Eisenhowers an die Regierung. Es gelang Nixon, die USA aus dem Vietnamkrieg herauszulösen. Mit seinem Aussenminister Henry Kissinger verbesserte er auch die Beziehungen zur Sowjetunion und zu China. Sein Verhältnis zum Kongress war dagegen schlecht, weil er oft Kongressbeschlüsse missachtete. Beim Wahlkampf 1972 versuchten Anhänger Nixons, heimlich im Hauptquartier der Demokraten, dem «Watergate»-Gebäude in Washington, Abhörvorrichtungen einzuschmuggeln. Sie wurden entdeckt. Nixon versuchte mit allen Mitteln, die Entlarvung der Hintermänner der Gruppe zu verhindern. Daher leitete der Kongress ein Absetzungsverfahren gegen ihn ein. Als Nixon sah, dass der Absetzungsantrag die nötige Mehrheit finden würde, trat er zurück.</p> <p>Präsident Gerald Ford (1974–77; Republikaner)</p> <p>Ford bemühte sich vor allem, das angeschlagene Vertrauen der Bürger in die Regierung wiederherzustellen.</p> <p>Die militärische und moralische Niederlage in Vietnam brachte mit der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zur VR China auf Kosten des antikommunistischen Formosa/Taiwan (1979) ein neues Element in die Außenbeziehungen der USA, da sich nunmehr, begünstigt durch den sowjetisch-chinesischen Konflikt, endgültig ein weltpolitisches Dreiecksverhältnis USA-Sowjetunion-VR China herausgebildet hat, das Raum zu außenpolitischen Manövern der unterschiedlichsten Art gab.</p> <p>Präsident Jimmy Carter (1977–81; Demokrat)</p> <p>Carter wollte seine Politik im Innern wie im Äussern weniger auf Macht und mehr auf Recht und Moral abstützen.</p> <p>Während Carters Amtszeit verstärkte sich jedoch die Position der Sowjetunion (Einmarsch in Afghanistan 1979). Im Iran kam durch einen Umsturz eine amerikafeindliche Regierung an die Macht. Viele Amerikaner fanden Carters Politik zu nachgiebig.</p>	<p>1968 besetzten Truppen des Warschauer Paktes gemäß der Brechnew-Doktrin über die eingeschränkte Souveränität der sozialistischen Staaten die Tschechoslowakei und schlugen den "Prager Frühling" nieder. Die CSSR wollte wirtschaftliche und innenpolitische Reformen durchführen.</p> <p>Die Niederschlagung des Prager Frühlings hatte auch Auswirkungen auf die sowjetische Innenpolitik und auf das Verhältnis der UdSSR zu den anderen Staaten des Warschauer Paktes. In der Sowjetunion selbst wurden die Kontrollmaßnahmen und die Verfolgung von Dissidenten verschärft. Außenpolitisch band die Sowjetunion ihre Satellitenstaaten noch enger an sich an. Der Westen zeigte sich äußerst beunruhigt und verschob geplante Abrüstungsverhandlungen.</p> <p>Im Mai 1972 besuchte der amerikanische Präsident Richard Nixon die Sowjetunion. Dabei wurden verschiedene Vereinbarungen getroffen, so etwa zur Kooperation in Wissenschaft, Technik und Raumfahrt sowie zur Rüstungsbegrenzung.</p> <p>Nach 1975 kamen die SALT-Verhandlungen zunächst ins Stocken. Denn das Engagement der UdSSR in Angola und in anderen afrikanischen Staaten sowie in den arabischen Ländern stieß auf die vehemente Kritik der USA. Dennoch kamen die SALT-Verhandlungen im Mai 1979 zu einem neuen Ergebnis, und im Juni wurde bei einem Treffen zwischen Brechnew und dem amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter in Wien das SALT II-Abkommen unterzeichnet. Die Ratifikation allerdings wurde nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan im Dezember 1979 vom amerikanischen Kongress verhindert.</p> <p>Anfang der achtziger Jahre verschlechterten sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA. Die Vereinigten Staaten verurteilten neben dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan auch die Rolle, die die UdSSR bei der Unterdrückung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung in Polen spielte, sowie den Abschuss eines zivilen koreanischen Flugzeuges im sowjetischen Luftraum im September 1983.</p>
80er Jahre	<p>Präsident Ronald Reagan (1981–89; Republikaner)</p> <p>Reagan war bestrebt, die machtpolitische Stellung der USA zu verstärken. Reagan gelang es, als Präsident wirkungsvoll aufzutreten. Mit der Sowjetunion kam er zu einem Abkommen über die Abschaffung von Raketen mittlerer Reichweite. Dabei nutzte ihm ein Wechsel in der sowjetischen Führung. Andererseits bewirkte das hohe Alter des am Schluss 78 Jahre alten Präsidenten, dass er nicht mehr alles unter Kontrolle hatte, was unter seiner Regierung geschah.</p> <p>Auf die Dauer konnten die USA ihre wirtschaftliche Spitzenposition aber nur teilweise behaupten. Sie blieben zwar die wichtigste Wirtschaftsmacht der Welt, doch ihr Vorsprung schmolz. Die Europäer und die Japaner modernisierten ihre Industrien. Da bei ihnen die Lohnkosten tiefer und die Qualität oft höher waren, konnten sie ihre Waren auf dem amerikanischen Markt immer besser verkaufen. Weil die Amerikaner sehr viel Energie brauchten, musste auch immer mehr Erdöl eingeführt werden. In manchen Bereichen, etwa in der Herstellung von Computern, blieben die Amerikaner führend. Im ganzen aber kauften sie mehr im Ausland als sie ins Ausland verkauften.</p> <p>Gleichzeitig stiegen die Staatsausgaben ständig. Ein grosser Teil davon – zwischen 25 und 45 Prozent – wurden für militärische Zwecke verwendet: Rüstung und Militärhilfe an befreundete Staaten, vor allem in der «Dritten Welt». Da auch der Aufwand für soziale Verbesserungen zunahm, wurde das Loch in der Staatskasse immer grösser. Die Defizite im Aussenhandel und in der Staatsrechnung bewirkten, dass der Wert des Dollars sank. Bekam man 1969 noch für 1 Dollar sFr. 4.35, so waren es 1986 noch sFr. 1.60. Die Arbeitslosigkeit nahm eher zu: Zwischen 1950 und 1959 waren im Durchschnitt 4,5 Prozent der Erwerbstätigen arbeitslos, zwischen 1970 und 1979 dagegen 7,1 Prozent.</p>	<p>Ära Gorbatschow (1985–1991)</p> <p>Die auf Breschnews Tod (1982) folgenden zwei Generalsekretäre der Kommunistischen Partei starben nach kurzer Amtszeit. 1985 übernahm der wesentlich jüngere Michael Gorbatschow die Parteiführung. Trotz ihrer militärischen Macht stand die Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt vor grossen Problemen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Rückstand in der technischen Entwicklung auf die Westmächte und Japan wurde grösser, nicht, wie oftmals angekündigt, kleiner. • Die Organisation der Wirtschaft war schwerfällig. Viele Betriebe und viele Arbeitskräfte leisteten wenig. Etwa 25 bis 30 Millionen Menschen waren in den unzähligen Verwaltungsabteilungen des Staates beschäftigt. • Die Bevölkerung wollte mehr und bessere Waren kaufen; diese waren jedoch nicht vorhanden. • Die Kosten der Rüstung, besonders diejenigen für den Krieg in Afghanistan, waren sehr hoch. • Viele, vor allem jüngere Leute, hatten den Eindruck, dass von einem Fortschritt nichts zu spüren sei. Das lähmte ihre Initiative. • Die Verschmutzung und Zerstörung der Umwelt nahm vielerorts ein sehr grosses Ausmass an. Die Explosion eines Atomkraftwerks in Tschernobyl (Ukraine), welche zu katastrophalen Strahlenschäden führte (1986), zeigte, wie nachlässig und unsorgfältig vielerorts gearbeitet wurde. <p>Der neue Führer der Kommunistischen Partei setzte sich für mehr politische Offenheit gegenüber dem Bürger («Glasnost») und für tiefgreifende Reformen («Perestrojka») ein. In der</p>

	<p>Die eklatante Schwäche der USA nach dem Vietnamkrieg überwinden die USA unter Präsident Ronald Reagan (seit 1981), provoziert durch die energische Expansion der SU in der Dritten Welt: Eine neue Hochkonjunktur, stärkere Rüstung, Sanierung der Städte, Maßnahmen zum Einsparen von Energie, Rohstoffen und Wasser wirkten sich allmählich aus, allerdings um einen hohen Preis: Rigorose Kürzungen im Sozialhaushalt brachten eine «neue Armut» hervor; ein riesiges Defizit des Staatshaushalts, eine enorme, immer weiter wachsende Staatsverschuldung, extreme Kursschwankungen des Dollars innerhalb weniger Jahre trugen auch zum Verfall amerikanischer Konsumgüterindustrie unter dem Druck massiver Importe bei. Dennoch bleibt der durchschnittliche Lebensstandard so hoch, daß die USA noch immer eine steigende Flut meist illegal einwandernder Mexikaner anziehen. Eine verstärkte legale Einwanderung aus außereuropäischen Ländern prägt vor allem an der Westküste (Kalifornien) das Gesicht der Städte, die mit ihrer Konzentration modernster High tech-Industrie zu einem neuen Schwerpunkt der USA geworden sind, stärker über den Pazifik orientiert als über den Atlantik nach Europa.</p> <p>In der neokonservativen Wende seit Reagan organisiert sich aber auch erstmals der protestantische Fundamentalismus massiv in der Republikanischen Partei, der in der sich verschärfenden Weltpolitik eine kompromißlos harte Politik gegen Kommunismus und (arabischen) Terror fordert. Der Sieg dieses Fundamentalismus würde den Konsensus des liberalen und demokratischen Verfassungsstaats nach innen, das Atlantische Bündnis nach außen mehr schwächen als der Kommunismus selbst in seiner gegenwärtigen Schwächeperiode. Während der Regierungszeit Reagans nahmen zwar Arbeitslosigkeit und Teuerung ab. Das Grundproblem aber wurde nicht gelöst: 1986 betrug die Differenz im Aussenhandel 170 Milliarden Dollar, das Defizit der Staatskasse 221 Milliarden Dollar. Aus dem grössten Gläubigerland der Welt war das – allerdings noch durchaus zahlungskräftige – grösste Schuldnerland der Welt geworden.</p> <p>Macht und Ansehen der USA waren am Ende der achtziger Jahre eher grösser als zehn Jahre zuvor. Viele innere, besonders wirtschaftliche und soziale Probleme, blieben dagegen ungelöst.</p>	<p>Wirtschaft sollten die einzelnen Betriebe mehr Selbständigkeit, aber auch mehr Selbstverantwortung erhalten. Im Bereich der Politik sollte mehr Freiheit gewährt, offen diskutiert und die Einzelinitiative des Bürgers gefördert werden. Die Vorherrschaft der hauptberuflichen Funktionäre der Kommunistischen Partei sollte durch ein stärkeres Mitspracherecht der gewöhnlichen Mitglieder abgebaut werden.</p> <p>Gorbatschow erkannte, dass diese Umgestaltung nur mit grossen Anstrengungen und nicht ohne Schwierigkeiten vorgenommen werden konnte. Daher wollte er die aussenpolitischen und militärischen Belastungen abbauen. Er setzte sich für ein entspannteres Verhältnis zu den Westmächten und für Abrüstung ein. Der Druck auf die osteuropäischen Staaten sollte gemildert werden. Die sowjetischen Truppen verliessen Afghanistan. Gorbatschow wollte jedoch grundsätzlich die sozialistische Wirtschaftsordnung beibehalten und die Betriebe nicht in Privateigentum überführen. Auch die leitende Stellung der Kommunistischen Partei sollte bestehen bleiben.</p> <p>Gorbatschow gelang es, die eigene Macht zu festigen und gleichzeitig die demokratischen Möglichkeiten der Bevölkerung zu vergrössern. Er besetzte die zentralen Führungsposten der Partei vorwiegend mit seinen Anhängern. In vielen Regionen des Landes waren jedoch nach wie vor Parteifunktionäre am Werk, die von Reformen wenig hielten. Die politischen Gefangenen wurden freigelassen. In den Zeitungen konnten verschiedene Meinungen vertreten werden. Der Oberste Sowjet sollte nun zu einem wirklichen Parlament werden, das monatelang arbeitete, beriet und schliesslich entschied. Bei den Wahlen hatte der Bürger meist die Auswahl zwischen zwei oder mehr Kandidaten, die im allgemeinen der Kommunistischen Partei angehörten, aber oft unterschiedliche Meinungen vertraten. Sehr viel weniger erfolgreich war die Wirtschaftspolitik Gorbatschows. Viele Betriebe waren wegen ihrer veralteten technischen Ausrüstung völlig unrentabel, andere erblickten in der verordneten Selbständigkeit die Möglichkeit, nicht mehr, sondern weniger als vorher zu arbeiten oder aber die Produkte über den schwarzen Markt zu vertreiben. Die Bevölkerung erwartete jedoch von der «Perestrojka» eine verbesserte Versorgung mit Lebensmitteln und Gebrauchsgütern. Tatsächlich aber verschlechterte sich die Lage eher. Im Herbst 1990 fürchtete man vielerorts einen «Hungerwinter».</p>
		<p><i>UdSSR: Die Nationalitäten regen sich</i></p> <p>Nur etwa die Hälfte der Bevölkerung der Sowjetunion bestand aus Russen. Die anderen Völker bewohnten zum Teil eigene Sowjetrepubliken. Da jedoch alle wichtigen Entscheidungen in Moskau fielen, hatten sie wenig Einfluss und fühlten sich vielfach unterdrückt und missachtet. Nun nützten sie die grössere Freiheit, um mehr politische und wirtschaftliche Selbständigkeit zu fordern.</p> <p>Gorbatschow hatte für die Bedürfnisse der nichtrussischen Nationalitäten wenig Verständnis. Besonders der Konflikt zwischen seiner Regierung und den drei baltischen Sowjetrepubliken an der Ostsee (Estland, Lettland, Litauen) spitzte sich zu. Die Demokratisierung bewirkte, dass sich bei den Wahlen in die drei baltischen Länderparlamente Bewegungen durchsetzten, welche die vollständige Loslösung von der Sowjetunion forderten und an die frühere Unabhängigkeit anknüpfen wollten. Gorbatschow lehnte diese Begehren ab. Die baltischen Republiken waren für ihn wirtschaftlich und vor allem militärisch wichtig. Auch fürchtete er, dass ihr Beispiel Schule machen würde.</p> <p>Die schlechte Wirtschaftslage und die Schwierigkeiten mit den nichtrussischen Nationalitäten führten dazu, dass Gorbatschow trotz seiner Machtfülle 1990 in eine bedrängte Lage geriet. Auf der einen Seite traten die «Radikal-Reformer» für ein entschlosseneres Vorgehen ein. Sie forderten den Übergang zur Marktwirtschaft nach westlichem Muster, die gleichberechtigte Zulassung anderer Parteien neben der Kommunistischen Partei, zum Teil auch den Verzicht auf die nach Unabhängigkeit strebenden Republiken.</p> <p>Konservative Kräfte auf der andern Seite machten geltend, die «Perestrojka» habe der Sowjetunion bis jetzt nur einen enormen Machtverlust und eine Fülle von politischen und wirtschaftlichen Problemen gebracht. Gorbatschow versuchte, das schwankende und schlingernde sowjetische Staatsschiff auf einem mittleren Kurs zu halten: Der Übergang zur Marktwirtschaft sollte allmählich erfolgen, um Konkurrenz und Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Die Kommunistische Partei schloss ein Mehrparteiensystem nicht mehr aus, doch entwickelten sich noch kaum selbständige Parteien. Die Beziehungen mit den nichtrussischen Sowjetrepubliken sollten neu geregelt, Unabhängigkeitserklärungen jedoch nicht akzeptiert werden. Im Herbst 1990 stand die Sowjetunion vor einer ungewissen Zukunft. Am 31.12.1991 hörte sie auf zu existieren.</p>
	<p>Für die weitere Entwicklung vgl. http://mypage.bluewin.ch/Looser.Roman/Staaten/USA1776-96.rtf</p>	<p>Für die weitere Entwicklung vgl. http://mypage.bluewin.ch/Looser.Roman/Staaten/Russland17JH-heute.rtf</p>